

Parteilpolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP : darum muss die SP in den nächsten vier Jahren stärker werden

Autor(en): **Bodenmann, Peter / Daguët, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **74 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parteilpolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP.

Darum muss die SP in den nächsten vier Jahren stärker werden.

Politik ist ein Handwerk und die beiden Autoren verstehen sich als theoretisch und praktisch interessierte Handwerker der kleinen und grossen Veränderungen. Wir

Peter Bodenmann und André Daguet

möchten mit diesem Text, dessen Zuspitzungen und Verkürzungen uns bewusst sind, die Debatte um die Zukunft der politischen Linken in der Schweiz beleben.

Statt Grundwertediskussion politische Konzepte umsetzen

Links geht auch im Rahmen von Theorieheften allzuleicht vergessen: Politik ist vorab die Austragung unterschiedlicher Interessen.

Unabhängig, wo wer auf der Linken mit welcher Motivation politisiert oder sich gerade etwas ausruht, stehen der politischen Linken schwierige Aufgaben ins Haus:

- Die Schweiz muss wieder sozialer werden. Die realen Löhne müssen wieder steigen. Ein hoher Sockel von Erwerbsarbeitlosen muss verhindert und die qualifizierte Aus- und Weiterbildung massiv verbessert werden. Die vorhan-

dene Arbeit – die bezahlte wie die unbezahlte – muss auf beide Geschlechter gleichmässig verteilt werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik.

- Der noch nicht erfolgte Einstieg in den ökologischen Umbau der Wirtschaft muss weniger mit Geboten und Verboten denn mit Umweltabgaben gelingen, die marktförmig ausgestaltet nichts anderes sind als notwendige staatliche Eingriffe.
- Die Rechte der Frauen müssen nicht nur eingefordert, sondern die realen Unterschiede zwischen den Geschlechtern müssen endlich vorab auch für die Frauen mit keinen oder kleinen Einkommen durchgesetzt werden.
- Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr direkte Demokratie, unter anderem mit dem konstruktiven Referendum. Der Schnüffelstaat muss bekämpft, die Freigabe weicher und die kontrollierte Abgabe harter Drogen rasch realisiert werden.
- Weil viele Probleme national nicht mehr sinnvoll zu lösen sind, müssen wir den Beitritt in die EU voranbringen – allenfalls schrittweise. Der von der nationalen Rechten geschürte Hass auf Ausländerinnen und Ausländer muss bekämpft und statt dessen die politischen Rechte



der Ausländerinnen und Ausländer gestärkt werden.

- Wir treten ein für die Halbierung der direkten und indirekten Kosten des EMD. Statt dessen fordern wir vermehrte internationale Solidarität, den Abbau der wachsenden Kluft zwischen Nord und Süd und eine Politik der weltweiten Abrüstung.

Wer sich links definiert, ist heute in aller Regel mit der hier stichwortartig skizzierten Politik einverstanden. Dies gilt für die politisch Aktiven genauso wie für die mit uns sympathisierenden Wählenden und Nichtwählenden.

Wir halten es deshalb für relativ wenig sinnvoll, lange über Grundwerte und Programme zu diskutieren. Denn man und frau können glücklicherweise aufgrund idealistischer und materialistischer Weltbilder zu den gleichen fortschrittlichen politischen Überzeugungen kommen.

Das Beispiel der SPD lehrt: Die besten Diskussionen und die schönsten Papiere taugen wenig, wenn sie nicht konzeptionell durchdacht, genügend konkret sind und politisch umgesetzt werden.

Zentral für die Linke ist es, auf den verschiedenen Feldern der Politik konkrete Konzepte auf den Tisch zu legen. So wie es die SP Schweiz in einer Reihe von Fragen in den letzten Jahren versucht hat.

Wer die vorhandenen konkreten Bausteine linker SP-Politik durchgeht, wird feststellen, dass es konzeptionell in Europa keine relevante Massenpartei gibt, die heute linker, ökologischer und feministischer daherkommt als die SP Schweiz. Und dies schadet uns offenbar nicht einmal elektoral. Im Gegenteil: Die linken Positionen und die offensive Auseinandersetzung mit der politischen Rechten waren einer der Hauptgründe für den Wahlerfolg der SP. Zentral für gute linke Politik ist dabei die Kraft, die die SP innerhalb und ausserhalb des Parlamentes entwickeln kann. Eine gute Demo ist der Rahm auf der Torte. Die Demo vom 23. September 1995 in Zürich

– die Grünen waren abwesend – war ein politischer Höhepunkt, der die Schweiz bewegt hat.

Bestes linkes Resultat

Bei den Wahlen 1995 erzielte die Linke in der Schweiz – entgegen fast allen Erwartungen – ihr bestes Resultat in der Geschichte dieses Jahrhunderts. Über 30 Prozent der Menschen stimmten rotgrün. Erstmals verfügt die Linke im Nationalrat über 63 Mandate. Und dies, obwohl uns Übervorsichtige realutopisch in Buchform geraten hatten, sicherheitshalber von Blocher zu lernen.

Im Rahmen der Linken setzte sich die SP klarer als erwartet durch. Die Integration der Alliance de Gauche in die SP-Fraktion macht zudem tiefgreifende Veränderungen sichtbar:

- Es gibt links der SP kein nationales Projekt mehr. Nichts macht dies deutlicher als die politische Positionierung von PdA-Nationalrat Zysiadis im Hebdoo vom 14.12.95: „Mais remarquez que la séparation n'est plus entre réformisme et révolution. Sur certains aspects, notre programme est un programme social-démocrate... Il nous faut un réformisme fort...“
- Die Grünen sind selbst in ihrem Kernthema – der Ökologie – zuwenig bewegend und beweglich, um ein ernsthaftes Gegengewicht innerhalb der Linken zu bilden. Sie bieten sich statt dessen als Partei der Mitte an, um regierungsfähig zu werden.
- Die Frauenparteien sind ebenfalls ausserstande, ein eigenständiges nationales Projekt zu entwickeln. Das Schwergewicht der Arbeit der kleiner werdenden Zahl von Aktivistinnen wird durch die Institutionalisierung der Frauenpolitik nicht unbedingt erleichtert.

Geradezu rührend forderte die freisinnige NZZ – im Kommentar zur Aufnahme der drei Mitglieder von PdA und Alliance de

**Wir halten es
deshalb für
wenig sinnvoll,
lange über
Grundwerte und
Programme zu
diskutieren.**

gauche in die SP-Fraktion – die ehemalige extreme Linke und die Grünen auf, doch endlich ein nationales Projekt an die Hand zu nehmen. Mit Sicherheit ohne Erfolg. Der Grund für diese Sorge: Die politische Rechte in der Schweiz fürchtet sich vor einer machtbewussteren und linkeren SP, die bei den nächsten Wahlen ihren Stimmenanteil ohne weiteres auf über 25 Prozent steigern könnte.

Links der SP ist kein offenes Feld auszumachen

Die Schweiz kennt eine Allparteienregierung aller relevanten Kräfte. Die SP war in der Nachkriegszeit vorab Juniorpartner einer relativ geschlossenen bürgerlichen Rechten. Spätestens seit den Bundesratswahlen 1993 ist die SP aus dieser Rolle herausgewachsen. Umgekehrt driftet die bürgerliche Rechte – vorab seit der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 – wirtschafts- und gesellschaftspolitisch je länger je mehr auseinander.

Falls die bürgerlichen Parteien nicht gemeinsam den Alleingang in Europa wählen, zeichnet sich ein tripolares politisches System ab:

- Die nationale und rechtspopulistische Rechte wird – vorab im Rahmen der direkten Demokratie – versuchen, einerseits den Weg nach Europa politisch zu verbauen und andererseits mit immer neuen Initiativen den Hass auf alles Fremde zu schüren. Die nationalistische Rechte braucht Führerfiguren. Dennoch wird Blocher in diesem Prozess absehbar kein Haider, weil er das Risiko der Ausgrenzung aus eigenen ökonomischen Interessen nicht eingehen will.
- Die CVP und FDP – so zerrissen sie intern auch sein mögen – bilden die rechte Mitte des sich entwickelnden Parteiensystems. Sie stehen intern vor schwer bestehbaren Zerreißproben.
- Links muss es das Ziel einer stärker werdenden SP sein, einerseits parlamentarisch Mehrheiten je getrennt mit der CVP oder der FDP herzustellen und andererseits mit befreundeten Organisationen und Bewegungen im Rahmen der direkten Demokratie Abstimmungen zu gewinnen, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben.

In dieser Optik – und angesichts des Fehlens eigenständiger linker Projekte ausserhalb der SP – macht es keinen Sinn, im



linken Spektrum verschiedene Parteien für eine inhaltlich weitgehend gleiche Politik zu haben. Statt dessen drängt sich eine Konzentration der bescheidenen Kräfte auf jene Partei auf, die konzeptionelle Arbeit, Machtbewusstsein und die Kraft zu realen Veränderungen verbindet.

Die Mauer ist weg

Ein Blick zurück lohnt sich. Dieses Jahrhundert war international wesentlich geprägt durch den Aufstieg und den Fall der Sowjetunion. Die demokratische Linke hat es – wie übrigens auch die Rechte – national und international nie verstanden, die östlichen Gesellschaften des real nicht existierenden Sozialismus zu analysieren. Die Bewegungsgesetze dieser Gesellschaften eigenen Typs haben wir nicht begriffen. Es blieb bei deskriptiven Annäherungen unterschiedlicher Qualität. Die weitgehend friedliche Implosion dieser Gesellschaften hat alle – quer durch den politischen Garten – weitgehend überrascht. Der Fall der Mauer hat politisch eine neue Ausgangslage geschaffen:

- Diese undemokratischen und bürokratischen Gesellschaften nachholender fordistischer Entwicklung jagten dem Kapital und seinen politischen Vertretern während Jahrzehnten sozial und technologisch Schrecken ein. Denken wir nur an den Sputnik-Schock. Dieses Gegengewicht, das etwa keynesianischer Wirtschaftspolitik zum Durchbruch verhalf, fehlt heute. Das heisst: Die Linke muss in den Ländern des nun fast weltweit sicher installierten Kapitalismus politisch jenes Gewicht wiedergewinnen, das nur schon demokratische, soziale und ökologische Reformen möglich macht.
- Der Wegfall der Sowjetunion bedeutet aber auch das Ende einer doppelten Belastung. Die Spaltung der Linken verliert dramatisch an Bedeutung. Die mei-

sten Kommunisten sind heute brav sozialdemokratisch. Die implodierten Gesellschaften sind für niemand mehr ein Modell. Früher oder später muss eine wiedererstarkende Linke national wie international die Debatte um die postkapitalistische Gesellschaft aufnehmen.

Wirtschaftspolitik und Europa ins Zentrum

Dem Kapital fehlt national und international sowohl ein konkurrenzierendes System als Gegengewicht als auch eine starke Linke. Die Folgen sind verheerend:

- Immer mehr Menschen sind auch in den industrialisierten Ländern auf Dauer arbeitslos. Die Pauperisierung und die Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen nimmt weltweit rapide zu.
- Praktisch alle Gesellschaften werden unsozialer, obwohl die ungleichere Verteilung der Einkommen und Vermögen das Wachstum behindert.
- Der radikale ökologische Umbau kommt – obwohl er sich auch ökonomisch auszahlen würde – nicht voran.



Im Gegenteil: Umweltrisiken und Umweltkatastrophen belasten zunehmend weite Teile der 3. Welt.

Zwei (rhetorische) Fragestellungen rücken damit ins Zentrum der Politik in der Schweiz:

Erstens: Hat eine Linke ohne eigenständige zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik keine politische Zukunft?! Das Wirtschaftskonzept der SP Schweiz ist – auch im internationalen Quervergleich – bisher der vernünftigste Ansatz einer linken Antwort auf die rechte Standortdebatte. Zweitens: Muss die Linke die europäische Integration vorantreiben, weil nur relevante Räume wirksame Reregulierungen zulassen?!

Doppelter Wohlstand mit halber Energie: Das ist die Logik des Faktors 4.

Ja zu Wachstum mit weniger Energieverschwendung – der Weg zum radikalen ökologischen Umbau

Früher hatte die Linke ein weitgehend ungebrochenes Verhältnis zum technischen Fortschritt. Dieser Zukunftsglaube bekam mit der Thematisierung der Ökofrage zu Recht Risse. Heute scheinen uns folgende Feststellungen nicht zu gewagt:

- Der technische Fortschritt auf vielen Gebieten hat die Produktivität der menschlichen Arbeit sprunghaft ansteigen lassen. Erstmals bestünde real die Möglichkeit, alle Menschen auf der Erde ausreichend mit Waren und Dienstleistungen zu versorgen, wenn nicht die Logik der Kapitalverwertung dies behindern würde.
- Eine Revolution im Bereich der rationalen Nutzung der Energie ist aufgrund der heute bereits verfügbaren Technologien möglich. Zusätzlich wird der Durchbruch der Solarenergie bei gezielter Förderung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren erfolgen.

National wie international gilt es folgende neue Logik zu begreifen: Innert 25 Jahren kann die Summe der richtig berechneten Waren und Dienstleistungen verdoppelt werden und gleichzeitig können die Emissionen halbiert werden. Doppelter Wohlstand mit halber Energie: Das ist die Logik des Faktors 4. Damit schaffen wir eine der Voraussetzungen für die Bekämpfung der weltweiten Armut und gleichzeitig für den haushälterischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Die Linke wird – national und international – nur Mehrheiten gewinnen, wenn sie diesen Mehrheiten eine bessere Grundversorgung, mehr soziale Sicherheit, mehr Wohnraum, mehr Mobilität und weniger Emissionen mittels der Logik des Faktors 4 bringt. Dies bedeutet für viele von uns ein notwendiger und heilsamer Kulturschock.

Auch die eigenen Gärten rechtzeitig umpflügen

Die Schweizer Wirtschaft ist real gespalten. Der Exportsektor verzeichnet seit Jahren eine dramatische Zunahme der Produktivität und kann deshalb trotz zu hartem Franken in der Rezession real Jahr für Jahr mehr exportieren.

Umgekehrt kennt die Schweiz bisher einen relativ geschützten Binnensektor mit einer bedeutend tieferen Produktivität. Dieser wird zur Zeit von einer vergleichbar dramatischen Zunahme der Produktivität erfasst. Dies wird grosse wirtschaftliche und politische Änderungen mit sich bringen. Denken wir nur an das politische Bodenpersonal der bürgerlichen Parteien, das nur dank sicheren Pfründen im Rahmen des Milizsystems die Schweiz politisch verwalten konnte und jetzt ökonomisch im Zugwind sitzt.

Die SP fordert auf vielen Feldern – richtig und kompetent – den Umbau staatlichen und parastaatlichen Unsinn. Die Kosten des EMD können, wie die Studie Unterseher belegt, locker halbiert werden. Die

Landwirtschaft kann und muss ökologischer und marktnäher werden. Wir müssen künftig mit demselben klaren Blick auch den Umbau jener Apparate fordern, die uns – wie die SBB – traditionell nahe stehen. Hier ein kleiner erster Ansatz zum Nachdenken:

- Die SBB können und müssen bis in das Jahr 2020 mit gleich viel Personal und gleich viel Energie im Rahmen eines sich selbst organisierenden Personen- und Güterverkehrssystem vier mal soviel Güter und drei mal soviel Personen transportieren wie heute.

Ein richtig geführter öffentlicher Sektor kann die Effizienz gleich gut steigern wie privatisierte Unternehmen. Die SP muss – da wir zu Recht den service public verteidigen – die Partei der digitalen Bahn und der staatlich kontrollierten Datenautobahnen werden.

Den Kuchen backen und neu verteilen

Die Linke muss aufzeigen, wie ein jährlich grösserer Kuchen ökologisch gebacken werden kann. Auf dem Hintergrund dieses nachhaltigen Wachstums lassen sich die anstehenden sozialen Fragen auch im Rahmen des absehbar bis auf weiteres herrschenden Kapitalismus besser lösen:

- Menschen sind in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums sozial offener und reformfreudiger.
- Da die Produktivität schneller ansteigen wird als das wirtschaftliche Wachstum, müssen und können die Lebensarbeitszeiten flexibel und in der Regel ohne reale Lohneinbussen gesenkt werden.
- Auch mehr Rechte für die Frauen lassen sich leichter durchsetzen, wenn nicht immer breiteren Schichten der Bevölkerung das Abrutschen in die Armut droht.
- Die grösser werdende Zahl von Rentne-

rinnen und Rentnern ist in diesem anders gesteuerten Prozess keine Bedrohung, sondern schafft die notwendige Nachfrage und ist ökonomisch tragbar.

Die Debatte um die Zukunft der Arbeit – der bezahlten und der unbezahlten – sowie der Kampf gegen Sozialabbau und für den Sozialstaat führt die Linke mit Vorteil aus der Position eines wachstumsorientierten und ökologischen Optimismus.

Denn eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Die soziale Frage wird die entscheidende Frage sein, welche die Menschen in den kommenden Jahren in der Schweiz bewegen wird. Nur eine linke Partei, die kompetent den Strukturwandel voranbringt und die hart für mehr soziale Gerechtigkeit eintritt, hat eine Zukunft.

Im Kerngeschäft schwach I (Gewerkschaften)

Die Arbeiterbewegung hatte in ihrer Geschichte mit gutem Grund mehrere Beine: Partei, Gewerkschaft, Genossenschaften, Vorfeldbewegungen. Das Kerngeschäft der Gewerkschaften war und blieb die Arbeitsbedingungen und vorab die gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft. Eine kritische Bilanz drängt sich auf:

- Die Gewerkschaften haben es bisher nicht verstanden, den tertiären Sektor zu organisieren.
- Das Kapital diktiert heute selbst in einst gewerkschaftlich gut organisierten Sektoren den realen Lohnabbau.
- Über tausend vollamtliche tätige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verwalten notgedrungen den Sozialabbau, anstatt den Widerstand massenwirksam organisieren zu können.

Die Gewerkschaften müssen, wie die Partei, gründlich über die Bücher und einiges dazulernen:

Die soziale Frage wird die entscheidende Frage sein, welche die Menschen in den kommenden Jahren in der Schweiz bewegen wird.

**Niemand hat
ein grösseres
Interesse an
starken Gewerk-
schaften als
die SP.**

- Die Gewerkschaften müssen wieder verständlich kommunizieren. Dazu braucht es eigene und attraktive Massenmedien und JournalistInnen, die das Metier beherrschen.
- Die Gewerkschaften können nicht Ersatzpartei spielen. Sie kommen nicht umhin, aktiv in und mit der breit gefächerten Sozialdemokratie zu politisieren.
- Im Rahmen der notwendigen Repolitisierung der Gewerkschaften muss die Bewegung der Arbeitenden lernen, in Zusammenarbeit mit der Partei erfolgreich die Instrumente der direkten Demokratie zu benutzen.
- Gewerkschaften unterschiedlicher Herkunft und Angestelltenvereinigungen müssen sich organisatorisch neu finden und formieren.

Niemand hat ein grösseres Interesse an starken Gewerkschaften als die SP. Niemand müsste ein grösseres Interesse an einer starken SP haben als die Gewerkschaften. 1995 nahm die Gewerkschaftspresse vom Wahlkampf kaum Notiz. Es fand keine Verknüpfung zwischen dem Wahlergebnis und den laufenden Lohn-Verhandlungen statt. Wer freiwillig auf Beine verzichtet, wird leichter umgesägt. Und dies gilt umgekehrt auch für die SP, die in vielen Kantonen bei der Formulierung der konkreten Politik vor Ort die Mitarbeit der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht suchte.

**Im Kerngeschäft schwach II
(Umweltverbände)**

Die Umweltfrage geriet politisch etwas in Vergessenheit. Und dies, obwohl die Umweltorganisationen in der Schweiz über 400 000 Mitglieder und Budgets von 50 Millionen Franken verfügen.

Die Bürokratisierung und die zunehmende politische Ineffizienz dieser einstmals beweglichen Organisationen erfolgte innerhalb von nur zehn Jahren:

- Der Grossteil der Budgets wird von den Löhnen beansprucht.
- Gemeinsame öffentlichkeitswirksame Konzepte und Themenschwerpunkte sind kaum mehr auszumachen.
- Erfolge – wie die Alpen-Initiative – werden von Bewegungen ausserhalb der traditionellen grünen Organisationen erzielt.

Gerade weil die Linke die tragende Kraft des ökologischen Umbaus ist, muss sie sich für eine notwendige Effizienzsteigerung der Umweltorganisationen einsetzen.

Kritik und Selbstkritik

Dieser Text teilt links und rechts Zensuren aus. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Angesichts der national wie international dramatischen Veränderungen, bringt es nichts, im Glashaus zu sitzen. Wir müssen vielmehr die SP selber beschleunigt umbauen:

- Die SP muss mit allen jenen Kräften, die an einer linken Politik in der Schweiz interessiert sind, den intensiveren Dialog suchen. Dies mit dem ernsthaften Angebot der Integration in eine Partei, die schon heute real die Vielfalt der Linken spiegelt.
- Die SP muss auf vielen Gebieten konzeptionell noch einmal massiv zulegen. Dies geschieht am besten im Rahmen von durch Arbeitsgruppen und ExpertInnen begleiteten Studien, die eine innovative Debatte in- und ausserhalb der Partei erst möglich machen.
- Wir müssen an den Problemen künftiger Generationen ansetzen und vermehrt in die politische Bildung des künftigen Kadres der Partei investieren.
- Die SP darf nicht nur die Partei des notwendigen Strukturwandels und der Öffnung der Schweiz sein, sondern sie muss die Kraft und der Motor des so-

Faktor Vier:

UH. Im Buch *Faktor Vier* wird nachgewiesen, dass – bei vorsichtigen Schätzungen – eine Verdoppelung des wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstandes bei gleichzeitiger Halbierung des Energie- und Stoffverbrauches weltweit möglich ist. Mit einer Vielzahl von Beispielen wird demonstriert, dass die Effizienzrevolution beim Stoff- und Energieverbrauch mit bereits zur Verfügung stehenden Techniken in allen relevanten Bereichen möglich wäre und dass diese Revolution mit den kommenden Technologien noch gesteigert werden könnte. Entsprechende Investitionen werden sich wirtschaftlich lohnen, und deshalb ist ein ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaftlich möglich.

Gerade weil einer konkreten Umsetzung auf allen Seiten viele Hindernisse, welche nicht primär technischer Natur sind, entgegenstehen, muss dieses Buch zum Handbuch all jener werden, die den ökologischen Umbau der Gesellschaft konkret angehen wollen.

E.U. von Weizsäcker, A.B. Lovins, L. Hunter Lovins: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome. München 1995, 250 Seiten, Fr. 45.–.

zialen und ökologischen Fortschritts werden.

- Der vermehrte aktive Einbezug möglichst vieler Mitglieder muss auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Die Partei hat deshalb – selbst von der linken Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – ihre Strukturen statutenmässig demokratisiert.
- Wir müssen unsere Fähigkeit, auf den verschiedenen Ebenen der Politik zu intervenieren – von der Demo über die

Volksrechte bis ins Parlament -, verbessern.

Wir können es uns schlicht und einfach nicht leisten, einen grossen Teil der Kraft zu verlieren, weil wir es nicht verstehen, gemeinsam die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land richtig zu organisieren.

Peter Bodenmann, Parteipräsident der SPS;
André Daguet, Generalsekretär der SPS